

GÖTTINGER BLÄTTER

12.2016

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Sozialamt hungert Flüchtling aus

Yousaf Safi sollte nach Afghanistan abgeschoben werden, hatte sich aber auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel dagegen gewehrt, so dass die Abschiebung abgebrochen wurde und er nach Göttingen ins IWF kam.

Yousaf Safi verwies immer darauf, dass er krank sei. Nach der abgebrochenen Abschiebung wurde er für drei Wochen stationär in der Asklepios-Klinik in Göttingen behandelt. Trotzdem kürzte ihm das Sozialamt nach seiner Entlassung seine Bezüge auf 5 Euro pro Tag, ausgezahlt in Gutscheinen und immer nur für eine Woche.

Nach kurzer Zeit erkrankte Yousaf Safi erneut und wurde für 14 Tage wiederum in der Asklepios-Klinik aufgenommen. Am Donnerstag, den 10.11.2016, wurde er nach einer größeren Untersuchung wieder in die Flüchtlingsunterkunft Nonnenstieg 72 (ehemals IWF) entlassen.

Am Freitag war er müde und schaffte es nicht, um 9.30 Uhr beim Sozialamt zu sein und Geld zu holen. Als er gegen 11.00 Uhr anrief, bekam er noch eine Möglichkeit, am selben Tag wegen Geld vorzusprechen. Nach einer Stunde Wartezeit wurden ihm für vier Tage (Freitag, Samstag, Sonntag und Montag) 13 Euro in zwei Gutscheinen gegeben. Schon am Dienstag muss er wieder zum Sozialamt und erneut Geld holen. 13 Euro für 4 Tage macht 3,25 Euro pro Tag.

Mit 3,25 Euro pro Tag ist es unmöglich genügend Essen und Trinken zu bekommen. Der Flüchtling muss buchstäblich hungern. Sein Existenzminimum ist unterschritten. Auf dem Sozialamt wurde gesagt, das stünde so im Gesetz. Natürlich steht das so nicht im Gesetz, sondern laut Grundgesetz hat jeder Mensch in Deutschland das Recht auf ein Existenzminimum und auf menschenwürdige Behandlung. Es kann nicht sein, dass Menschen ganz rechtlos der kaltherzigen Willkür von Vorgesetzten des Sozialamtes ausgeliefert sind, die den Menschen so lange quälen wollen, bis er „freiwillig“ aus-

reist. Eine Abschiebung nach Afghanistan würde aber meiner Meinung nach der Flüchtling angesichts seiner Krankheit nicht lange überleben.

Abteilung Grundsicherung des Sozialamtes: Wie man Flüchtlinge abspeist

Wer eine Einladung auf einem Papier von der Größe einer Streichholzschachtel bekommt um Geld für den Lebensunterhalt abzuholen, findet sich vor einer Glastür wieder mit der Beschriftung „Sozialamt Grundsicherung Asyl/Bürgerkriegsflüchtlinge“. Hinter dieser Tür liegt zuerst ein Zimmer mit Männern vom Sicherheitsdienst, dann folgen mehrere Büroräume mit den Sachbearbeiter*innen. Diese Tür aber ist abgeschlossen. Auch wenn auf der Einladung 9.30 Uhr steht, heißt das noch lange nicht, dass jetzt jemand kommt und nachschaut. Eine Anmeldung gibt es nicht. Bei Klopfen gegen die Glastür oder mehrmaligen Hallo-hallo-Rufen schaut ein Sicherheitsdienstler aus dem ersten Büro heraus und sagt, man solle das lassen. An der Wand noch ein Hinweis: es gibt ein Bürgertelefon mit Telefonnummern der Sachbearbeiter*innen. Leider sind sie laut Anschlag nur von 10-11.30 Uhr erreichbar, so die Bandansage ohne Möglichkeit eine Nachricht aufzusprechen. Ruft man innerhalb dieser Zeit an, nimmt trotzdem keiner ab.

Also bleibt nicht anderes über, als sich auf einen der ca. zwölf Stühle, die vor der Glastür an den beiden Wänden aufgereiht stehen, zu setzen und zu warten. Zwischenzeitlich sind dann auch fast alle Stühle besetzt. Wenn jetzt zufällig eine Beschäftigte oder ein Beschäftigter reingeht/rausgeht und dazu kurz die Tür aufschließt, erheben sich alle Wartenden von ihren Stühlen, rufen der Person den Namen der Sachbearbeiterin und die Uhrzeit, zu der sie bestellt sind, zu und versuchen soviel wie möglich von ihrem Anliegen der Person zu erklären. „Ich sage Bescheid“, ist die summarische Auskunft und niemand kann sich sicher

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Flüchtlinge abgespeist	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke	11
Polizei schützt Nazis	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 01.2017
ist der 16. Dezember.
Auslieferung am 22. Dezember.

Grünkohlessen

der GöLinken siehe Kasten
auf Seite 9

sein, dass die Nachricht auch wirklich übermittelt wird. Eine Viertelstunde zu warten in der Ungewissheit, ob das Ganze überhaupt einen Sinn macht, ist eine richtig lange Zeit. Im oben beschriebenen Fall dauert es eine Stunde, dann ist man wieder raus und hat zwei Gutscheine mit insgesamt 13 Euro für vier Tage in der Hand. Der Flüchtling zerknüllt sie und ist verzweifelt.

Konrad Kelm, 11.11.2016





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

Veranstaltungen:

„Inopportun“: Als Jude in der Politik nach 1945 nicht erwünscht

**Fritz Bauer — Lesung und Gespräch mit
Ronen Steinke**

**Montag, 5. Dezember 2016, 19 Uhr
Junges Theater, Göttingen**

Veranstaltet von OLAfA (Offene Linke
– Alles für Alle)

Fritz Bauer, 1903 in Stuttgart geboren, erfährt früh den Antisemitismus des Kaiserreichs am eigenen Leib. Als Jude und überzeugter Sozialdemokrat wird er 1933 von den Nazis verhaftet und mehrere Monate im Konzentrationslager Heuberg inhaftiert, bevor er 1936 zunächst ins dänische und 1943 wegen der Deportationen dänischer Jüdinnen und Juden ins schwedische Exil geht.

Zurück in Deutschland kämpft er nach 1949 als Staatsanwalt unermüdlich für die Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Nazi-Vergangenheit. Zu einer Zeit, in der die Justiz von braunen Seilschaften durchzogen ist, kooperiert er mit dem Israelischen Geheimdienst, was zur Festnahme Adolf Eichmanns führt, und setzt den großen Frankfurter Auschwitz-Prozess durch. Dabei wird auch seine eigene persönliche Geschichte zum Politikum.

Ronen Steinke schildert eindrucksvoll Bauers Biografie, die nach seinem Tod 1968 für lange Zeit in Vergessenheit geriet.

„Es ist auch meine Geschichte“.

Stadtteilmütter auf den Spuren des Nationalsozialismus

**Mittwoch, 7. Dezember 2016, 19 Uhr
Reformierte Gemeinde Göttingen,
Untere Karspüle 11, Göttingen**

Veranstaltet von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. (Regionalgruppe Südniedersachsen)

Dieser Film von Julia Oelkers zeigt drei Berliner Stadtteilmütter, die im Rahmen ihrer Ausbildung eine jüdische Synagoge, ein ehemaliges nationalsozialistisches „Zigeunerlager“ und zusammen mit einer Shoah-Überlebenden den Ort besuchen, von wo aus deren Verwandte in den Tod deportiert wurden. Stadtteilmütter helfen bei lebensalltäglichen Fragen von Eltern mit Migrationshintergrund, auch interkulturelle und sprachliche Herausforderungen kommen dabei in den Blick. „Interkulturelle Geschichte“ könnte man es also nennen, wenn sie nun wiederum sich mit sogenannter „deutscher“ Geschichte beschäftigen, aber auch die eigene Geschichte als eine solche erzählen und nach Berührungspunkten suchen. Der Film versucht einen Einblick darin zu geben, wie wichtig solch ein Dialog sein kann.

Fritz Bauer: „Gerichtstag halten über uns selbst“

**Szenische Lesung zum Auschwitzprozess
Unter Mitwirkung des Gipsy-Swing Ensembles**

**Donnerstag, 8. Dezember 2016, 20 Uhr
Apex, Burgstraße 46, Göttingen**

Veranstaltet von Amnesty International Göttingen (Gruppe 1117)

Der hessische Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer (1903-1968), der den Frankfurter Auschwitzprozess gegen den Widerstand in Justiz, Politik und Gesellschaft durchsetzte, wollte durch von ihm eingeleitete Strafverfahren über die Zeit des Nationalsozialismus aufklären und die Ursachen des Nationalsozialismus durchsichtiger machen.

Obwohl es Bauer um den historischen Hintergrund und nicht in erster Linie um die Bestrafung der Täter ging, vertrat er die Auffassung, dass sich jeder des Mordes schuldig machte, der irgend eine Funktion im Räderwerk der Vernichtung inne hatte. Es habe „nicht nur Hitler und Himmler gegeben, sondern Hunderttausende, Millionen anderer, die das, was geschehen war, nicht nur durchgeführt haben weil es befohlen war, sondern

weil es ihrer eigenen Weltanschauung entsprach, zu der sie sich aus freien Stücken bekannt hatten“.

In Form einer szenischen Lesung kommen Richter, Staatsanwalt und überlebende Zeuginnen (Sinti-Frauen und Jüdinnen) zu Wort. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht das Verhör von drei angeklagten SS-Tätern. Sie leugneten ihre Verantwortung, logen trotz eindeutiger Zeugenaussagen und versuchten durch angeblichen Befehlsnotstand ihre Schuld zu bestreiten. Da alle Texte authentisch sind, eröffnet sich ein Einblick in den Prozess aus den Jahren 1963 bis 1965.

Die Texte wurden von Dieter Schenk eingerichtet, der sich als Träger des Fritz-Bauer-Preises der Humanistischen Union seit vielen Jahren mit dem Thema auseinandersetzt.

Die musikalische Gestaltung durch die Sinti-Musiker besteht kontrastierend zu dem verhandeltem Mordgeschehen. Sie spielen Swing, der von den Nazis als „Negermusik“ verboten und mit Gefängnisstrafe bedroht war.

.....

Solidarität gegen Repression!

Als breites Bündnis sind wir in den vergangenen Monaten gegen Nazis auf die Straße gegangen, um gegen faschistische Propaganda und Rassismus zu protestieren. Dabei kam es immer wieder zu Übergriffen und Festnahmen seitens der Polizei. Zur Unterstützung der betroffenen Antifaschisten bei den juristischen Folgen hat die Rote Hilfe Göttingen ein Solidaritätskonto eingerichtet. Niemand soll mit den Kosten alleine gelassen werden. Jeder Spenden-Euro hilft bei der Verteidigung unserer demokratischen Rechte, denn Antifaschismus ist kein Verbrechen, sondern weiterhin notwendig.

Das Spendenkonto lautet:

Rote Hilfe e.V. OG Göttingen
IBAN: DE72 4306 0967 4007 2383 99
GLS-Bank, Stichwort: „Antifaschismus“

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 13. Dezember, 20:00 im Berliner Hof

▶ Ohne Gegenstimme

191 Staaten votieren in der UNO für ein Ende der Blockade gegen Kuba. USA und Israel enthalten sich

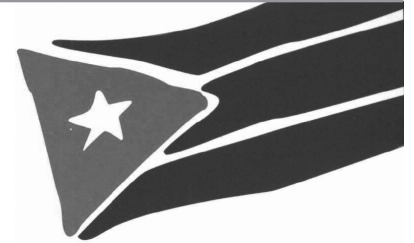
Als Washingtons UN-Botschafterin Samantha Power am Mittwoch (Ortszeit) vor der UN-Vollversammlung in New York ankündigte, dass ihr Land sich bei der Abstimmung über die von Kuba eingebrachte Resolution zur Beendigung der US-Blockade erstmals enthalten werde, gab es Beifall. Zum 25. Mal wurde über die Verurteilung von Washingtons völkerrechtswidrigem Wirtschaftskrieg gegen den Inselstaat abgestimmt, und das Ergebnis war deutlich wie nie zuvor. 191 der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen stimmten der Resolution zu, es gab keine Gegenstimmen. Die zwei Enthaltungen kamen wie angekündigt von den USA und von Israel, das sich auch in den letzten Jahren immer entsprechend der Vorgabe aus Washington verhalten hatte.

Für Euphorie sah Kubas Außenminister Bruno Rodríguez in seiner Ansprache jedoch keinen Grund. Die seit über 50 Jahren einseitig verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade sei nach wie vor in vollem Umfang in Kraft, kritisierte er. Er forderte Washington zu konkreten Schritten auf, um die Blockade definitiv zu beenden. Allein in den zwölf Monaten bis April 2016 hätten die Sanktionen unmitelbar Schäden in Höhe von mehr als vier Milliarden US-Dollar verursacht.

Power hatte zuvor begründet, warum die USA erstmals nicht gegen die Resolution stimmen wollten. Die jährliche Debatte in der UNO zeige deutlich, dass der Versuch, Kuba zu isolieren, gescheitert sei. Zugleich widersprach Power aber der Aussage, dass die US-Blockade gegen internationales Recht verstoße. Die Enthaltung bedeute außerdem nicht, dass Washington der Politik der kubanischen Regierung zustimme, ergänzte Power. Trotzdem würdigte Rodríguez die Enthaltung der USA diplomatisch als »positiven

Schritt für die Zukunft der Beziehungen zwischen unseren Ländern«. Es habe 24 Jahre gedauert, »bis die USA zumindest in diesem Saal ihr Abstimmungsverhalten korrigiert haben«. Das, so Rodríguez, sei vor allem der festen Position von Fidel und Raúl Castro und dem kubanischen Volk zu verdanken, welches seine Unabhängigkeit, Souveränität und Würde gegen die Blockade und alle anderen Angriffe verteidigte. Rodríguez versicherte, dass sich Kuba nicht vom sozialistischen Kurs abbringen lasse: »Niemand werden wir zum Kapitalismus zurückkehren!«

»Die Blockade ist gescheitert«, kommentierte der Vertreter Jamaikas den erneuten Erfolg Kubas und erklärte zuversichtlich: »Ihre Tage sind gezählt.« Delegierte aus Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik sowie die Vertreter Chinas und Russlands verurteilten die Sanktionen Washingtons und deren exterritoriale Anwendung auf andere Länder als »völkerrechtswidrig« und als »Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen«. Der Botschafter Boliviens nannte die Strafmaßnahmen »illegal, unmoralisch und kriminell«. Nicaragua forderte Washington auf, seine Politik generell zu überdenken und das von den USA besetzte Gebiet in der kubanischen Provinz Guantánamo zurückzugeben. Südafrika würdigte das Engagement des Inselstaats als eine Hoffnung für viele Völker der Welt. Kuba spiele eine wichtige Rolle für die Zukunft des Planeten. Venezuelas UN-Botschafter Rafael Ramírez sagte als Sprecher der Bewegung der Blockfreien Staaten, die US-Politik in Lateinamerika sei seit 57 Jahren gescheitert. Moralisch habe das sozialistische Kuba die Großmacht längst besiegt. Für die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) forderte der Repräsentant



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.



Studenten jubeln in Havanna über das Abstimmungsergebnis in New York

der Dominikanischen Republik in einer emotionalen Rede Washington auf, »die Entscheidung der Völker der Welt endlich zu respektieren«.

China nannte die Blockade anachronistisch und verlangte, dass auch Washington das internationale Recht sowie die Regeln und Prinzipien der Vereinten Nationen befolgen müsse. Der Vertreter Russlands ging noch weiter. Die Welt könne das Verhalten Washingtons nicht tolerieren, erklärte Moskaus UN-Botschafter und forderte eine Reform der Vereinten Nationen: »Wir brauchen eine internationale Ordnung, die in der Lage ist zu garantieren, dass alle Nationen einschließlich der USA die UN-Charta respektieren.«

Spendenaufruf

Hurrikan Matthew verursacht hohe Schäden im Osten Kubas, Baracoa schwer betroffen.

Nachdem der Hurrikan Matthew am 4. Oktober 2016 auf den Osten Kubas getroffen ist, sind die Schäden, die der Wirbelsturm angerichtet hat, weit größer als befürchtet

Spendenkonto:

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

Verwendungszweck:

„Hurrikanhilfe“

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE96370205000001236900

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Die Tarifikämpfe 2017 eröffnet VerDi und die Tarifgemeinschaft der Länder

Zum Ende des Jahres läuft der Tarifvertrag für die Beschäftigten der Länder (TVL) aus. Das betrifft in Göttingen die beiden größten Betriebe: die Uni-Kliniken mit knapp 7500 und die Universität mit knapp 5400 Beschäftigten.

Rechtlich ist die Situation nicht eindeutig: Die Georg-August-Universität ist eine Stiftung öffentlichen Rechts, also sind die Beschäftigten formal keine Landesbediensteten. Die Stiftungsuniversitäten des Landes Niedersachsen haben auch keinen eigenen Arbeitgeberverband gegründet, sodass die Gewerkschaft VerDi keinen landesweiten Verhandlungspartner hat und eigentlich mit jeder Einzelnen eigene Tarifverträge aushandeln könnte bzw. müsste.

Aber nach § 58 Abs.4 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes sind die Stiftungs-Unis verpflichtet, die geltenden Tarifverträge des Landes anzuwenden. Somit wirken sich Erfolg und Misserfolg der Tarifaufeinandersetzung unmittelbar auf die Beschäftigten aus – und damit fühlen sie sich berechtigt am Tarifkampf teilzunehmen.

Verhandlungsführer der Länder ist der niedersächsische Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD). Ursprünglich Elektromechaniker und Gewerkschafter (IGM) hat Herr Schneider aber schon um die Jahrtausendwende die Seiten gewechselt. Wir können gespannt sein, wie hart die Verhandlungen werden und inwieweit die Arbeitgeberseite die schwache gewerkschaftliche Organisation auf Länderebene ausnutzt. Einen Hinweis auf das Ziel der Arbeitgeberseite gibt der niedersächsische Doppelhaushalt für 2017/2018. Dort sind Gehaltssteigerungen für die Beamten von 2,5% zum 1. Juni 2017 und 2% zum 1. Juni 2018 eingeplant.

Mit welchen Forderungen VerDi in den Tarifkampf zieht, wird erst Mitte Dezember öffentlich. Die bisherigen Diskussionen deuten aber nicht auf radikale Ziele hin. Es wird mit den steigenden Steuerein-

nahmen, der Schere von Gewinnen und Löhnen und einem Nachholbedarf des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft argumentiert. Es wird von der tragenden Rolle der Binnennachfrage für die deutsche Konjunktur gesprochen. Wenn's konkret wird, ist von dem Lückenschluss zu den Ergebnissen im TVöD 2016 die Rede.

Aber vielleicht schlägt sich in dieser defensiven Diskussion die miserable Kampfkraft der Gewerkschaft im Bereich der Länder nieder. In der Göttinger Uni-Klinik sind nur knapp 10% der Beschäftigten organisiert. Bei der Universität ist's noch katastrophaler: nur 5%! Da sind die aktiven KollegInnen auf die Solidarität der linken Öffentlichkeit angewiesen.

Andererseits hört man solche Argumente: wenn die betroffenen Beschäftigten

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 06. Dezember, 20:00 Uhr

Lokale Friedenspolitik der DKP Göttingen, Referent: Toto Lyna

Dienstag, 20. November, 19:00 Uhr

Grünkohlessen im Naturfreundehaus (siehe Kasten auf Seite 11)

sich nicht organisieren oder wenigstens sich an den Aktionen beteiligen, warum sollen dann Andere sich in die Bresche schmeißen?

Wie dem auch sei: ab der 3. Kalenderwoche wird verhandelt; 2. Termin ist der 30./31. Januar; 3. Verhandlungsrunde am 16./17. Februar

► DKP Niedersachsen wählt die Landesliste für die Bundestagswahlen

Auf ihrem letzten Parteitag hat die DKP ihre Teilnahme an den Bundestagswahlen 2017 beschlossen. Dabei träumte aber keiner der Parteitagsteilnehmer von massiven Stimmgewinnen, Parlamentseinzug oder gar einer Regierungsbeteiligung (R3G). Die Wahl soll genutzt werden, um mit einem sozialen, antimilitarischen und antifaschistischen Programm die DKP und ihr Sofortprogramm zu mehr Bekanntheit zu verhelfen.

Zu einer Wahl braucht es Kandidatinnen und Kandidaten. In Niedersachsen hat am 12. November eine Mitgliederversammlung eine Landesliste aus 17 Genossinnen und Genossen beschlossen. Spitzenkandidat ist Achim Bigus aus Osnabrück, IG-Metall-VK-Leitung bei VW (ehemals Karmann). Auch zwei Göttinger finden sich auf der Liste: Karin Beinhorn, bei Redaktionsschluss Mitglied der Indus-

triellen Reservearmee und Stephan Wolf, Krankenpfleger an der UMG.

Der Kandidatenkür ging eine politische Entschließung vorweg, in der die Kritiker der Kandidatur, zahlenmäßig etwa die Hälfte des Landesbezirks, sich äußerten. Sie sei keine Voraussetzung, um sich in den Wahlkampf einzumischen. Die gute Nachricht: Da eine Kandidatur dieses logischerweise nicht ausschließt, kann mit einem einigen Auftritt der ganzen Partei gerechnet werden.

Die erste Aufgabe steht schon an: Als nicht im Parlament vertretene Partei muss die DKP Unterstützungsunterschriften sammeln, für Niedersachsen sind dies 2000 Stück. Keine bloße Schikane sondern eine erste Gelegenheit, mit Sympathisanten ins Gespräch zu kommen und mit den Ideen unserer Partei vertraut zu machen.

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Was lange währt – wird hoffentlich gut – aber wann? Und wie?

In der konstituierenden Sitzung der Rates der Stadt Göttingen am 04.11. wurden den Ratsmitgliedern folgender Beschlussvorschlag zur Abstimmung vorgelegt:

„Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Göttingen und der Westgrund Niedersachsen Süd GmbH zur Unterbringung von Personen mit dringendem Wohnbedarf, die Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben, sowie wohnungslosen Personen durch die Ausübung von Belegungsrechten in noch näher auszuführenden Objekten der Westgrund Niedersachsen Süd GmbH abzuschließen.“

Des weiteren gab es einen Beschlussvorschlag, der die außerplanmäßige Auszahlung von 175.000 € für den Erwerb dieser Belegungsrechte vorsah. Mit diesem Betrag beteiligt sich die Stadt Göttingen an der Sanierung von zunächst 25 Wohneinheiten. Optional können in 2017 25 weitere Wohnungen für noch mal gleichen Betrag hinzu kommen.

Zur Vorgeschichte: Bereits im Sommer 2015, als händeringend nach Wohnraum für Flüchtlinge gesucht wurde, wurden von einem Mitglied der GöLinken im Stadtteil Grone mehr als 100 leere Wohnungen gezählt. Die damalige Vermietungsgesellschaft Peloton berief sich auf Nachfrage auf ihr Recht, nur an Menschen zu vermieten, deren Nationalität ihr passend erschien. O-Ton von damals: „Mit gewissen Nationalitäten gibt es Probleme.“ Auch die Nachfrage bei der Stadt Göttingen ergab, dass man von dort zwar immer wieder Wohnungssuchende, so auch aktuell Geflüchtete, zum Vermietungsbüro der Peloton schicke, diese aber mit Bezug auf ihre Nationalität, ihren Status, ihre Einkommensverhältnisse abgelehnt würden. Kaum zu glauben, aber es ist leider tatsächlich rechtlich fundiert: Vermieter haben trotz Antidiskriminierungsgesetz das Recht, bei der

Vermietung auf eine „Durchmischung“ der BewohnerInnenschaft zu achten.

Man habe resigniert, hieß es von Seiten der Verwaltung. Zeitgleich zum skandalösen Leerstand wurde eine Flüchtlingsunterkunft in einer Lagerhalle im Industriegebiet Siekhöhe geplant, die bis heute mit über 100 Personen ständig belegt ist, trotz bekanntermaßen unerträglicher Wohnverhältnisse.

Die Groner BürgerInneninitiative Antifaschismus war nicht bereit zu resignieren, sondern hat den Runden Tisch wiederbelebt und immer wieder mühsam Kontakt zur Vermietungsgesellschaft initiiert, auch nach deren Wechsel zur nunmehr Westgrund GmbH. Zwar ließ man ganz vereinzelt Familien einziehen, nicht ohne sich damit groß in der Presse zu brüsten (Artikel Göttinger Tageblatt vom 01.12.15: „Neue Heimat für Lana und Lara- Geflüchtete bei der Westgrund in Grone“), aber es blieben auch in 2016 mehr als 80 Wohnungen leer.

Daher war diese Problematik ein Hauptthema des Kommunalwahlkampfes der GöLinke im Wahlbereich 3.

Die Bemühungen sind nicht ohne Erfolg, wenn man sieht, dass es jetzt, nach anderthalb Jahren, endlich den o.g Kooperationsvertrag gibt. Der Rat hat denn auch fast einstimmig den Beschlussvorlagen zugestimmt, allerdings ohne die Piraten, die auf die mangelnde Transparenz hingewiesen haben. So wurde der Text des Vertrages erst auf Nachfrage in der Ratssitzung vorgelegt.

Auch wenn die Bemühungen, dem irrsinnigen Leerstand endlich entgegen zu treten, zu begrüßen sind, muss man doch sehr wachsam bleiben. In der unmittelbaren Nachbarschaft wird beobachtet, wie schleppend die Sanierungen vor sich gehen. Hier ist immer wieder nachzufragen und zu drängeln, sonst wird weiterhin verschleppt und verzögert.

So ist der Vertrag der Stadt Göttingen mit der Westgrund GmbH ein Teilerfolg in dem Sinne, dass es gelungen ist, über-

haupt Einfluss auf privatwirtschaftliche Entscheidungen zu nehmen. Es bleibt noch viel zu tun!

Deshalb hat Gerd Nier als Ratsherr in der Sitzung am 04.11. zu Recht gefordert, dass kontinuierlich berichtet wird über den Fortgang der Sanierung und Belegung.



Filmfreunde Grone

- 02. Dezember**
special: Das 5. Element
- 16. Dezember**
Ein Komiker ist „dann mal weg“
- 20. Januar 2017**
Der 100-jährige
- 17. Februar**
Frauenrechtlerinnen – tun statt reden
- 03. März**
special: M. Luther
- 17. März**
Pauls letzter Marathon
in der Jona Gemeinde
(Eingang gegenüber Nachbarschaftszentrum)
ab 18:30 Uhr, Filmbeginn 19:00 Uhr
Eintritt 1 Euro (für Verzehrbon)
Es werden Speisen und Getränke angeboten

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Aufstellungsversammlung für einen Direktkandidaten für den Wahlkreis 53 Göttingen zur Bundestagswahl mit anschließender KMV

am **Dienstag, 17. Januar 2017, 19.00 Uhr** bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Feststellung der Stimmberechtigung der Versammlungsteilnehmer.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Wahl einer Versammlungsleitung
5. Wahl einer Schriftführerin / eines Schriftführers
6. Wahl einer Wahlkommission
7. Bestimmung von 2 Versammlungsteilnehmer*innen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift und der erforderlichen Versicherung an Eides statt
8. Wahl von 2 Vertrauensleuten für den Wahlvorschlag
- 9.. Vorstellung der Kandidat*innen (Fragen an die und Antworten der Kandidat*innen)
10. Wahl der Kandidatin/ des Kandidaten
11. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Der Wahlkreis 53 umfasst laut Bundeswahlgesetz vom 3. Mai 2016 den gesamten damaligen Landkreis Göttingen sowie im damaligen Landkreis Osterode die Städte Bad Lauterberg, Bad Sachsa und Herzberg.

Wahlberechtigt sind diejenigen Parteimitglieder, die ihren Erstwohnsitz im Wahlkreis haben und wahlberechtigt für die Wahl zum Bundestag sind.

anschließend Kreismitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss über Tagesordnung, Sitzungsleitung, Protokoll
2. Wahl einer Wahl- und Zählkommission für die KSR-Nachwahl
3. Nachwahl zum KSR
4. Aussprache zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl am 28. Januar
5. Vorbereitung Landesparteitag am 4./5. März
6. Verschiedenes

Grünkohlessen am Dienstag, 20. Dez. 2016, 20.00 Uhr

im Naturfreundehaus (siehe Kasten auf Seite 11)

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Kein Treffen im Dezember

OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Kein Treffen im Dezember

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Termin der Novembersitzung bitte bei Ilyas Cangöz (vgl. Terminseite) erfragen.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mittwoch, 14. Dezember, Dransfeld, Tulpenweg 2 a, Keller: Jahresausklang mit Glühwein

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Donnerstag, 8. 12., 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeden **Donnerstag 19 Uhr**, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail: ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1, 34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571, hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549, bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, 37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034, dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333
E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann
ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18, 37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973 oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen
IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00
BIC: GENODEF1GOE

DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 1 - November 2016

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

Am 3. November fand die konstituierende Sitzung des neugewählten Kreistages der Wahlperiode 2016 – 2021 statt. In dem aufgrund der Fusion mit dem Kreis Osterode auf 72 Sitze vergrößerten Gremium ist DIE LINKE nun mit drei Abgeordneten vertreten, die mit den Abgeordneten von Piraten und „Die Partei“ eine Gruppe bilden.

Neu in unserer nunmehr sechsköpfigen Gruppe ist der Abgeordnete Hans-Georg Schwedhelm aus Duderstadt, der auf der Liste der Grünen in den Kreistag gewählt worden war, sich aber aufgrund seiner Unzufriedenheit mit der von SPD, Grünen und FWLG geschlossenen Gruppenvereinbarung von der Grünen-Fraktion gelöst hat. Als aktiver Gewerkschafter und Antifaschist kritisiert er vor allem die Verweigerung eines Personalkostenzuschusses für die Zwangsarbeiterausstellung und die schlechte Bezahlung der Reinigungskräfte. In der letzten Wahlperiode hatte er sich gemeinsam mit den LINKEN nicht nur für diese Ziele, sondern beispielsweise auch für Beschäftigteninteressen bei der ausgegründeten Kreisvolkshochschule (KVHS) eingesetzt.

Der Übertritt von Hans-Georg Schwedhelm bedeutet für die Kreistagsgruppe, dass sie nunmehr in Gremien vertreten ist, die der bisherigen Kreistagsfraktion verwehrt geblieben waren, wie dem Aufsichtsrat der Volkshochschule.

Zu den wichtigsten Personalentscheidungen des neuen Kreistages gehörte die Wiederwahl der Dezenten. Bei dieser schloss sich unsere Gruppe nicht dem allgemeinen Konsens im Kreistag an.

Die Wiederwahl der bisherigen **Ersten Kreisrätin Christel Wemheuer** (Grüne) wurde von uns mit Enthaltung quittiert. Der Dezernentin wurde angelastet, in der Vergangenheit bei der Abschiebep Praxis der Ausländerbehörde nicht den vollen Handlungsspielraum ausgeschöpft zu haben. Zudem machte sie sich bei Entscheidungen im Bereich des Naturschutzes die Position der Landwirtschaft, der Jagdlobby und der Grundbesitzer zu eigen. Nicht zuletzt lehnt sie eine Legalisierung des Badens im Rosdorfer Baggersee ab.

Die Wiederwahl des **Kreisrates Marcel Riethig** (SPD) hingegen stieß bei der LINKE/PIRATEN/PARTEI- Gruppe auf geschlossene Ablehnung. Dieser hatte sich beim Krisenmanagement im VHS-Skandal nicht mit Ruhm bekleckert, was ebenso für die Umsetzung des SGB II vor Ort gesagt werden kann. Außerdem signalisierte er Ablehnung bei dem Bestreben, eine Integrierte Gesamtschule im Westkreis einzurichten, wo es diese Schulform bisher nicht gibt.

Erwähnt werden sollte hier auch die Wahl des neuen Kreistagspräsidiums. Diesem gehört unsere Gruppe allerdings nicht an. Neuer Kreistagsvorsitzender wurde der SPD- Abgeordnete und langjährige Rosdorfer Bürgermeister Harald Grahovac. Ihm zur Seite stehen Andrea Obergöker von den Grünen und – wie bisher – Dieter Thriene von der CDU.

Zu wählen waren schließlich noch der Kreisjägermeister und die Mitglieder des Jagdbeirates. Dies nahm unsere Gruppe zum Anlass, Kritik an der bisherigen Praxis zu üben. Wir sprechen uns gegen eine Kontrolle der Jagd durch die Jägerschaft aus und fordern für die Zukunft eine naturnahe Jagd.

► Steinmerkel – Rot-Rot-Grün weggekungelt

von Dietmar Reitemeyer

Nachdem es erst kürzlich zu einem (viel zu?) viel beachteten Treffen von Vertretern von LINKEN, SPD und Grünen gekommen war, wurde Mitte November im Abstand weniger Tage festgezurr, von wem Deutschland in Zukunft regiert wird. Dabei bekam die SPD zunächst das Amt des Bundespräsidenten zugeschustert. Dieses ist zwar politisch bedeutungslos, die SPD braucht den Posten allerdings, um ihr kollektives Ego aufzurichten. Die „Union“ dagegen braucht die SPD, zumindest jetzt noch. Denn diese gestand dem Koalitionspartner dafür das Kanzleramt zu, was heißen will, dass die Bundestagswahl ausgehen kann, wie sie will: Kanzlerin bleibt Angela Merkel, wie ein Herr Rött-

gen flugs im amerikanischen Fernsehen verriet.

Auch wenn es überflüssig scheint, dem neuen Gauckler im Präsidialamt überhaupt noch ein Wort zu widmen, mag doch daran erinnert sein, dass dieser Transatlantiker nicht nur Deutsche in Guantanamo schmoren ließ, deren Freilassung ihm sogar angeboten wurde. Unter seiner Ägide, die im Kanzleramt begann, wurde das Führen von Kriegen in der deutschen Außenpolitik zur Selbstverständlichkeit.

In ebendiesem Kanzleramt wird nun wohl aufgeatmet. Der nächste Kanzler wird kein Niedersachse sein! Ist auch gar nicht mehr nötig. Die Deutschen haben sich an alles gewöhnt: Die Zertrümmerung der

gesetzlichen Rente, die Durchsetzung von Investitionsschutzabkommen – die lieber „Freihandelsabkommen“ genannt werden – gegen alle Widerstände und die faktische Steuerfreiheit für Kapitalisten (Steuerfahnder, die ihren Job machen, werden in Deutschland schon mal zum Psychologen geschickt, wie wir aus Hessen wissen), um nur wenige Beispiele zu nennen.

Welche Perspektive gibt es nun für Rot-Rot-Grün? Die zuletzt genannten Schweinereien werden 2017 nicht weg zu verhandeln sein und die atlantische Brücke wird auch unter dem neuen Polit-Azubi im White House nicht einstürzen.

Wie gesagt: Die Bundestagswahl kann ausgehen wie sie will – Sigmar Gabriel ist im Wort und „Wortbruch“ ist in der deutschen Politik bekanntlich das schlimmste Vergehen. Das sollte sich auch DIE LINKE hinter die Ohren schreiben, für den Fall, dass die Deutschen sich 2021 dann doch mal aussuchen dürfen, von wem sie regiert werden wollen. Jedoch gilt es nicht als „Wortbruch“, wenn linke, also soziale, pazifistische, ökologische oder emanzipative Forderungen aufgegeben werden. Dann ist man „reformorientiert“ und eine solche LINKE wird dann auch mit guter Presse beglückt.

► Christoph Butterwege – Die Alternative zu Steinmerkel

von Eckhard Fascher

Kurz vor Redaktionsschluss wurde bekannt, dass die Partei DIE LINKE am 21. November den Kölner Politologen Christoph Butterwege als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten nominieren will. Mitte November hatte die Parteivorsitzende Katja Kipping erklärt, den von den Unionsparteien und der SPD vorgeschlagenen Außenminister Frank-Walter Steinmeier nicht mit wählen zu können.

Wie auch? Als Vertrauter von Gerhard Schröder war Steinmeier einer der Mitarchitekten der „Agenda 2010“. So wurde dann ab 2003 der Sozialstaat zertrümmert. Neben der Einführung von Hartz IV, wurden massive Rentenkürzungen, der Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Erleichterung zu prekärer Beschäftigung sowie der Abbau von Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen beschlossen. Als Kanzlerin hat Angela Merkel diese Politik ausdrücklich gelobt. Da SPD und CDU wie oben beschrieben auch in der Außenpolitik

im Interesse der weltweiten Durchsetzung von Kapitalinteressen perfekt harmonieren, erscheint die Große Koalition als ideale Liebesheirat, Steinmerkel eben.

Was kümmert es, dass viele Rentner auf Hartz-IV-Niveau leben müssen oder viele Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr leben können und eine große Bevölkerungsgruppe durch Hartz IV entmündigt wird? Wen kümmern die Folgen von Freihandelsabkommen oder einer Außenpolitik, in der Krieg führen wieder normal ist?

Zu dem Kandidaten der großen Koalition bedarf es einer Alternative.

Wer ist Christoph Butterwege?

Der Armutsforscher Christoph Butterwege wurde 1951 im Münsterland geboren. Er studierte in Bochum Sozial- und Rechtswissenschaften, Psychologie und Philosophie. Nach Promotion und Habilitation, war Butterwege seit 1998 bis zur kürzlich erfolgten Emeritierung Professor

für Politikwissenschaften an der Kölner Universität.

In zahlreichen Veröffentlichungen prangerte er das Auseinanderdriften der Gesellschaft in Reiche und Arme, Privilegierte und Benachteiligte an. Dies charakterisierte er als „Paternoster-Gesellschaft“, in der die Reichen immer mehr besitzen, während die Armen abstürzen. Dabei thematisierte er insbesondere die zunehmende Kinderarmut.

Butterwege gilt als einer der schärfsten Kritiker des Neoliberalismus, insbesondere hatte er die Agenda 2010 und ihre Folgen angeprangert. Er macht die Agenda für die soziale Deklassierung und Verarmung ganzer Bevölkerungsgruppen bis hinein in die sogenannte Mittelschicht mitverantwortlich. Bis zum Jahre 2005 war er Mitglied der SPD, die er wegen der Agenda 2010 verließ.

Vor fünf Jahren war Butterwege schon einmal als Kandidat im Gespräch gewesen, wollte aber nicht parteiintern gegen Beate Klarsfeld oder Luc Jochimsen antreten.

Man kann es auch in einem Satz zusammenfassen:

Christoph Butterwege ist die ideale Alternative zu Steinmerkel!

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

► Grün-LINKE Bündnis im Gemeinderat Rosdorf

von Stine Rummel-Strebelow, Ratsfrau im Gemeinderat Rosdorf

In der Gemeinde Rosdorf schloss sich nach erfolgreicher Wahl eine Grün-Linke Gruppe zusammen.

Ein gut geführter Wahlkampf führte zu einem guten Ergebnis, welches im Vergleich zur letzten Wahl höher ausfiel. Der OV-Rosdorf konnte sein bisheriges Mandat im Gemeinderat bestätigen. Fast hätte es sogar für einen weiteren Sitz gereicht. Ebenfalls haben wir nur knapp den Einzug in den Ortsrat von Rosdorf verpasst.

Dieser eine Sitz hätte leider nur wenig politische Einflussnahme bedeutet, so das nach einem Bündnispartner gesucht wurde. Hier ergaben sich mit der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die größten Übereinstimmungen. Es wurde beschlossen eine Gruppe zu bilden und verstärkt gemeinsame Themen wie ÖPNV, besonders Bahnhofspunkt Rosdorf, Grünflächenkonzept und sozial-ökologischer Siedlungsbau zu behandeln.

Weitere Übereinstimmungen bestehen bei den Themen Rekommunalisierung der Energie, verstärkte Bürgerbeteiligung bei Orts- und Gemeindeentwicklung, Ausweitung des Radwegenetzes und Langfristig für Familien kostenfreie Kinderbetreuung. Trotz der Gruppenbildung bleibt auch die Eigenständigkeit der jeweiligen politischen Richtung gewahrt. Die Partei DIE LINKE. wird zukünftig in dem Ausschuss für Kultur.Sport und Soziales und dem Feuerwehrausschuss vertreten sein. Der stellvertretenden Sitz im Jugendausschuss ging ebenfalls an uns. Wir freuen uns auf eine gute und ergebnisorientierte Zusammenarbeit.

Der Gemeinderat wird wieder aus 28 Sitzen bestehen. Dabei fallen 12 Mandate an die SPD, CDU und FDP haben als Gruppe 8 Sitze inne, unsere Gruppe 4 Mandate und die Wählergemeinschaft GuT kommt auf 4 Sitze im Rat. Bei dieser Konstellation hat keine Fraktion oder

Gruppe eine Mehrheit, so dass es nun im Rat zu einer intensiveren Kommunikation kommen muss und der Entscheidungsprozess vielfältiger gestaltet wird.

Ein neues Problem ergibt sich seit gut einem Jahr für unseren Landkreis im erstarkende Rechtsextremismus der sich zuvorderst im „Freundeskreis Niedersachsen/Thüringen“ manifestiert. Dieses und besonders die Tatsache, dass sich diese Gestalten bereits in Rosdorf versammelt haben, war für uns Anlass genug dem „Bündnis gegen Rechts Göttingen“ beizutreten. Neben einem kreisweiten Engagement gegen neofaschistische Umtriebe, ist es unbedingt wichtig hier vor Ort ein Bewusstsein für diese Gefahr zu schaffen. Dieses umso mehr, da der Freundeskreis mittlerweile dazu übergeht, Lokalpolitiker zu bedrohen, wie unser Genosse Ullrich Maschke aus Dransfeld und die Familie Ramaswamy aus Göttingen erfahren mussten. Hiergegen hilft nur eine breite Öffentlichkeit.

Die LINKE. OV Rosdorf entwickelt sich derweil gut. Ein neues Mitglied wird uns vor Ort in Zukunft unterstützen. Aber auch außerhalb von Parteizugehörigkeit haben wir sehr kompetente Unterstützung für eine zukunftsorientierte linke Politik in Rosdorf dazu gewinnen können. Dafür möchte sich der OV Rosdorf herzlich bedanken. Ebenfalls gilt Edgar Dank. Er plakatierte ganz tapfer mit Simon die Gemeinden Friedland und Rosdorf.

► AfD zieht in Kreistag ein

Anders als die NPD wurde die AfD mit 5,4% und vier Abgeordneten in den Kreistag gewählt. Auch wenn vielfach ein höheres Ergebnis befürchtet wurde, bedeutete dies, dass die AfD DIE LINKE überflügelt hat. Die AfD ist allerdings im Landkreis nur schwach verankert, hatte lediglich mit insgesamt 12 Kandidaten in elf der dreizehn Wahlbereiche kandidiert und war im Wahlkampf kaum in Erscheinung getreten. Für Göttinger Kreistagsabgeordnete ist es allerdings eine neue Erfahrung, dass im Kreistag offen rassistisch auftretende Abgeordnete vertreten sind.

Ursprünglich wurde die AfD mit je einen Abgeordneten in den drei Osteröder Wahlbereichen und im Wahlbereich Hann. Münden gewählt. Im bisherigen Kreis Osterode kam die AfD auf immerhin 7,8%, während es im alten Kreis Göttingen einschließlich Stadt lediglich 4,6% gewesen sind. Einen Spitzenwert erreicht die AfD mit 9% im

Wahlbereich Bad Lauterberg/ Bad Sachsa/Walkenried. Im Bereich Hann. Münden waren dies 8,4%. In der Stadt Göttingen, wo die AfD allerdings nur in drei Wahlbereichen antrat, erreichte sie lediglich 2,8% mit einem Spitzenwert im Wahlbereich Weende von 5,3%. Auffallend ist das im Bereich Grone die NPD offensichtlich vom Nichtantritt der AfD profitierte und 2,4% der Stimmen erreichte.

Die AfD wird im Kreistag durch die beiden Herzberger Frank Rathmann und Dana Guth sowie Gabriele Kesten aus Bad Grund vertreten. Rathmann ist Fraktionsvorsitzender, Guth Kreisvorsitzende. Der in Hann. Münden gewählte Frank Engels hatte sein Mandat nicht angetreten, der Walkenrieder Phillip Göthel war nicht an der Fraktionsbildung beteiligt worden.

Göthel war in den letzten Jahren in Nordhausen vor allem durch seine Verbindungen zur gewaltbereiten Aktionsgruppe

Nordhausen aufgefallen. Auf eine Anfrage der LINKEN im Thüringer Landtag wurde deren Verbindung zur NPD bestätigt. Auf das Konto der Aktionsgruppe gehen offensichtlich zahlreiche Straftaten wie gefährliche Körperverletzung, Raub, Verstöße gegen das Kriegswaffenkontroll- und das Betäubungsmittelgesetz sowie räuberische Erpressung und sexuelle Nötigung. Dies war dann selbst der AfD zuviel, die laut Angaben der Kreisvorsitzenden Guth erst nach der Listenaufstellung davon erfahren haben will. (Michael Brakemeier, „Wir wollen keine Extremisten“, in: Göttinger Tageblatt vom 22.10.2016) Reichlich merkwürdig, zumal Göthel in Nordhausen durchaus auffällig gewesen ist. Offensichtlich war es ursprünglich für die AfD wichtig, überhaupt Kandidaten zu haben.

Göthel war für die AfD auch noch in den Gemeinderat von Walkenried gewählt wurden, hatte aber sein dortiges Mandat nicht angenommen, um sich auf den Kreistag zu konzentrieren.

(...) Weiter auf Seite 12

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

www.linkes-portal-goe.net

► GöLinke-MV am 14. November

Am Montag, den 14.11.2016 fand um 19:00 Uhr bei Arbeit&Leben eine Mitgliederversammlung der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke statt. Schwerpunkte waren der vergangene Wahlkampf und die Fraktionsbildung im Stadtrat sowie Neuwahlen im SprecherInnenkreis der GöLi. Die Veranstaltung fand in angenehmer sachlich/konstruktiver und freundlicher Atmosphäre statt.

Den Rechenschaftsbericht des alten Vorstands über die anderthalb Jahre seiner Amtszeit trug Peter St. vor. Er betonte, dass die damalige Vorstandswahl verknüpft gewesen sei mit dem Beschluss der WählerInnengemeinschaft, im Stadtgebiet Göttingen als Bündnis zur Kommunalwahl 2016 anzutreten. Dieser SprecherInnenkreis sollte den Wahlantritt organisatorisch begleiten und bis unmittelbar nach der Wahl und der Konstituierung einer Ratsfraktion im Amt bleiben.

Dabei hatte der SK (und auch die GöLi insgesamt) von Anfang an mit Schwierigkeiten zu kämpfen. So erfolgte die Abtrennung der damaligen Ratsfraktion von ihrer Basis, der GöLi, maßgeblich betrieben von ihrem Chef Patrick Humke, welcher konsequenterweise dann auch der Konkurrenztritt als Antifaschistische Linke Göttingen (ALG) folgte. Damit verbunden war die Blockade der Homepage, unterstützt durch Teile der Führung der Landespartei DIE LINKE, und der notwendige juristische Kampf, diese zurück zu gewinnen. Hierzu war die Hilfe einer Fachanwältin vonnöten.

Das größte Problem sei laut dem Sprecher jedoch der plötzliche Ausfall Gunnars durch dessen Unfall gewesen. Hier seien jedoch schnelle Workarounds gefunden worden. Aus allen Gruppen sei Hilfe gekommen: So habe Hendrik die Kassenführung übernommen, weitere GenossInnen hätten den SK tatkräftig unterstützt.

Der KopolAK zog, als die bisherigen Räume nicht mehr zugänglich waren, in's Rote Zentrum um. Die GöLi veranstaltete drei Kommunalpolitische Konferenzen zur Vorbereitung des Wahlkampfs, Programme mussten geschrieben werden, (...)

Zuletzt und leider sehr aktuell dann das große Problem mit dem Roten Zen-

trum und dem Vermieter C. Filler, das die politische Arbeit gewaltig erschwert. Dieses wird auch der neue SK ganz oben auf der Liste haben müssen!

Als nächstes folgte der Bericht der neuen Fraktion – Gerd, Rolf und Edgar sowie Bärbel als Unterstützung im Jugendhilfeausschuss. Rolf und Edgar berichteten von den Anfängen (Konstituierung im Wohnzimmer [...]), vom Beginn ihrer Arbeit in den Ausschüssen und den Schwierigkeiten, sich in diese Form von Politik „einzugewöhnen“. Ihre Treffen sind regelmäßig mittwochs im Rathaus, 9. Etage, Zi 930, UnterstützerInnen werden sehr gerne gesehen.

Nach Kassen- und Revisionsbericht und Entlastung folgte dann eine sehr interessante und lebhaft ausgeführte Aussprache zu allen vorherigen Punkten, für deren Wiedergabe leider der Platz nicht ausreicht. – SELBER KOMMEN als Empfehlung.

Die Wahl der neuen SprecherInnen verlief reibungslos und schnell. Da Gunnar Siebecke, Marianne Mogk und Gerd Nier aus verschiedenen Gründen nicht mehr kandidieren wollten, mussten NachfolgerInnen gesucht und gefunden werden. Der neue SK besteht nach einstimmiger Wahl nun aus folgenden Personen: Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer, Christian Schüler, Bärbel Safieh, Peter Strathmann und Stephan Wolf. Gunnar bleibt Kassierer.

Im Folgenden wurde noch eine Satzungsänderung beschlossen: Künftig können auch Gruppen/Vereine in die GöLi eintreten.

Zum Abschluss der Sitzung erfolgte die Ehrung des Gründungsmitglieds Gunnar für seine Tätigkeit im Rahmen seiner über 25jährigen Mitgliedschaft im SK.

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
GöLinke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietermar Reitemeyer,
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

GöLinke Pressemitteilung vom 07.11.2016

► Das fängt ja gut an

Die Ratsfraktion der Göttinger Linken nimmt mit Verwunderung, aber nicht wirklich überrascht davon Kenntnis, dass der Geschäftsführer der EBR Projektentwicklung GmbH, Herr Rafie, noch ehe der neue Bauausschuss überhaupt zum ersten Mal getagt hat, eine kleine Gruppe von Bauausschussmitgliedern zu einer Art Vorabinformation eingeladen hat. Dabei soll es um die Auslegung für den Bebauungsplan „Göttingen Nr.: 242 „Dauerkolonie am Rhons“ gehen. Hier besitzt die EBR u.a. ein Grundstück von fast 10.000 qm Größe. Reden möchte man mit einem kleinen, ausgewählten Kreis anlässlich dieser Auslegung „über den Gesamtbereich Nonnenstieg / Habichtsweg“.

Anscheinend hat die EBR aus ihrem in Teilen ungeschickten Vorgehen in der Vergangenheit gegenüber den Bürgerinitiativen Nonnenstieg und Teilen des Bauausschusses nur wenig gelernt. Nicht umsonst wurde der Bebauungsplan „Südlicher Nonnenstieg“ nach etlichen Anläufen 2014 gestoppt und vorerst „auf Eis gelegt“. Wir sind keineswegs beleidigt darüber, dass unsere Ratsfraktion, wie noch einige andere Fraktionen, zu dem Gespräch nicht eingeladen wurden. Wir hätten mit Sicherheit mit einer Absage reagiert. Denn wir halten nichts davon, dass am Bauausschuss vorbei wichtige Gespräche und Informationen laufen. Das hat doch zu sehr den Beigeschmack von Kungelrunden. Die EBR hat wie alle anderen Investoren und Bauträger fast jederzeit die Möglichkeit ihre Überlegungen und Pläne dem Bauausschuss in Gänze vorzustellen. Dort können dann auch Bürger*innen im Rahmen der öffentlichen Sitzung Informationen bekommen und

(...) weiter auf der nächsten Seite

bei

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

www.linkes-portal-goe.net

► Konstituierung der Ratsfraktion

Am 18.10. hat sich die neue Ratsfraktion konstituiert. Für die ersten beiden Jahre der Ratsperiode wurde Gerd Nier zum Fraktionsvorsitzenden und Edgar Schu zum Stellvertreter benannt. Dritter im Bunde der sich als Team verstehenden Fraktion ist Rolf Ralle.

Bärbel Safieh wirkt als kooptiertes Mitglied kontinuierlich an der Fraktionsmitarbeit mit. Sie vertritt die Fraktion als stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Zur Einbindung weiterer Mitglieder der Göttinger Linken in die kommunalpolitische Arbeit und deren Entlastung hat die Fraktion weitere Genossen in einige städtische Aufsichts-/Verwaltungsräte entsandt.

Hier ein Überblick über die von Rat bestätigten Ausschuss- und Aufsichtsratsbesetzungen:

Rolf Ralle:

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr / Betriebsausschuss Umweltdienste,
Ausschuss für Personal, Gleichstellung und Integration, Schulausschuss,
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft beratend ohne Stimmrecht

Edgar Schu:

Sozialausschuss, Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Feuerwehr,
Sportausschuss beratend ohne Stimmrecht,
Aufsichtsrat Göttinger Sport- und Freizeit-Gesellschaft

Gerd Nier:

Verwaltungsausschuss,
Ausschuss für Bauen, Planen, Grundstücke,

Bärbel Safieh:

Jugendhilfeausschuss.

Thomas Oesterreich:

Aufsichtsrat der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GWG)

Dietmar Reitemeier:

Aufsichtsrat der Göttinger Verkehrsbetriebe GmbH

Volker Kühn:

Aufsichtsrat Stadtwerke Göttingen AG

Hendrik Falkenberg:

Verbandsversammlung Sparkassenverband

Die Fraktionssitzungen sind öffentlich. Sie finden wöchentlich Mittwochs von 17.00 bis ca. 18.30 Uhr z.Zt. in den Räumen 930/931 statt. Danach folgt i.d.R. noch ein fraktionsinterner Teil, wo insbesondere Themen und Informationen, die der Geheimhaltung (lt. NkomV und unserer Ratsverpflichtung) unterliegen behandelt werden sollen und müssen.

Konstituierende Sitzung des Rates am 04.11.

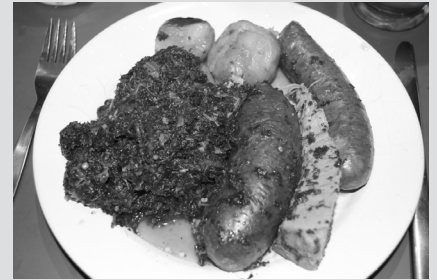
Die erste Ratssitzung war geprägt von ganz vielen Formalien wie den Wahl des Ratspräsidiums, der ehrenamtlichen Bürgermeister*in, der Bestätigung der Ausschussbesetzungen und der Aufsichts- und Verwaltungsräte.

Inhaltlich wichtig und interessant war der Vertragsabschluss der Stadt mit der Immobiliengesellschaft Westgrund über ein Belegungsrecht von 25 Wohnungen und der Option für weitere 25 Wohnungen im Bereich Stadtteil Grone. Wir haben diesem Vertragsabschluss zugestimmt und auch der damit verbundenen außerplanmäßigen Ausgabe von insgesamt 350.000 € um dem skandalösen Zustand des jahrelangen Leerstandes endlich etwas entgegenzusetzen. Wichtig – und das haben wir in unserem Redebeitrag betont - ist uns, dass diese Wohnungen tatsächlich nur an Personengruppen vergeben werden, die auf dem hiesigen überhitzten Wohnungsmarkt sonst keine Chance auf bezahlbaren Wohnraum hätten. Außerdem haben wir die Verwaltung aufgefordert ganz klare Kriterien für die Belegung vorzulegen und uns kontinuierlich in den Fachausschüssen über den Fortgang, aber auch mögliche Probleme bei der Belegung zu unterrichten. Gewarnt haben wir vor uns zu Ohren gekommenen möglichen Räumungsmaßnahmen von Altmietern wegen Mietrückständen, um Platz für eine Belegung durch die Stadt

zu schaffen. Wenn die Integration von Neumieter*innen gelingen soll, darf dies nicht auf dem Rücken von bisherigen Mieter*innen geschehen, die in eine wirtschaftliche Zwangslage geraten sind. Ziel soll und muss es sein, dass die Menschen, die bezahlbaren Wohnraum in der Stadt benötigen nicht gegeneinander ausgespielt und möglicherweise entsolidarisiert werden.

Einstimmig hat der Rat in einem Initiativantrag Tennet als Ersteller und Betreiber der Nord-Süd-Stromtrasse aufgefordert, die Trassenplanung für eine 540-kV Leitung so umstellen, dass sie östlich der Stadt vorbeigeführt wird. Der westliche Teil der Stadt, der schon jetzt überproportional mit Starkstrom- und anderen Versorgungsleitungen betroffen ist würde durch diese zusätzliche Trasse völlig einseitig belastet.

Dienstag, 20. Dez. 16, 20.00 Uhr Naturfreundehaus Naturfreundeweg **Grünkohlessen der Göttinger Linke**



Selbstkostenpreis, Rabattierung für Menschen mit „kleinem“ Einkommen
Damit nicht zu wenig, aber auch nicht zu viel eingekauft wird, bitten wir um eine „Tischreservierung“ unter Angabe „Fleisch/keinFleisch“unter:
goelinke@web.de bis spätestens zum 17. Dezember

(...) Fortsetzung von Seite 10

sich eine Meinung bilden. Insofern sind wir gespannt darauf, wann und in welcher Form der Bauausschuss von Herrn Rafie über die Vorstellungen der EBR offiziell informiert wird. Momentan gilt das Hauptinteresse der Göttinger Linken der menschenwürdigen Unterbringung und einer möglichst guten Integration der im ehemaligen IWF / Nonnenstieg untergebrachten und wohnenden geflohenen Menschen. Daran wird sich bei uns so schnell auch nichts ändern.

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke / Ratsfraktion

▶ Nazis bedrohen Antifaschisten und die Polizei schaut zu

Eigentlich gibt die NPD und der mit ihr verbundene „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“ ein trauriges Bild ab. Bei ihren regelmäßigen „Demonstrationen“ oder „Kundgebungen“ erscheint nur eine Handvoll Leute, während mehrere hundert Gegendemonstranten dafür sorgen, dass dazu ein massiver Polizeischutz notwendig ist. Die Öffentlichkeit erreichen sie mit ihren Parolen so nicht.

Der Kreistags-Wahlkampf der NPD bestand im wesentlichen aus solchen Veranstaltungen und Videobotschaften ihres Landratskandidaten Jens Wilke im Internet, der darüber jammerte, wie sehr er und seine Gesinnungsgenossen verfolgt und diskriminiert würden. Für einen Einzug in den Kreistag reichte es mit 0,75% knapp nicht, obwohl die NPD bisher im Osteröder Kreistag vertreten war und so keine Unterstützungsunterschriften sammeln mußte. Nur die AfD ist in Fraktionsstärke vertreten. Wilke erreichte allerdings bei der Landratswahl 2,6% aber ohne AfD-Konkurrenz.

Die NPD war außer für den Kreistag in der Gemeinde Adelebsen und in Bad Lauterberg angetreten. Mit Ergebnissen von jeweils rund 3,5% reichte es in Bad Lauterberg wie bisher für einen Sitz.

In der Stadt Herzberg hingegen, wo die NPD bisher mit einem Sitz vertreten war, ist sie nicht mehr angetreten.

Die Lage ist jedoch ziemlich ernst.

Am Samstag, 12.11. verhinderten 500 Antifaschisten erfolgreich eine Kundgebung des „Freundeskreis“. Daraufhin wichen die Neonazis unter Polizeischutz nach Duderstadt aus. Dort wurde ein Kamerateam des NDR angegriffen ohne dass die anwesende Polizei eingriff. Im Anschluss kehrte eine Gruppe bewaffneter Nazis um Wilke nach Göttingen zurück. Dort kam es zu Übergriffen auf friedliche Antifaschisten, von denen zwei so verletzt wurden, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. Wieder vor den Augen der Polizei, die die Nazis gewähren ließ und lediglich die Personalien der Antifaschisten aufgenommen hatte. Mehrfach wurde der Kreistagsabgeordnete der Piraten Mohan Meinhardt Kirschke Ramaswamy und seine Ehefrau in deren Wohnhaus bedroht, ohne dass

trotz mehrfacher Aufforderung ein wirkungsvoller Polizeischutz erfolgte. (Eine ausführliche Schilderung findet sich auf der Netzseite der ALI: https://www.inventati.org/ali/index.php?option=com_content&view=article&id=2002:gegen-neonazis-und-rassisten#presseinfo1211)

Aus Sicht der Polizei hatte es keine Zwischenfälle gegeben. (<http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/119508/3481778>)

Auch Kommunalpolitiker der Partei DIE LINKE wurden bereits in das Visier genommen. So hatte es eine Woche zuvor den Versuch gegeben, vor dem Haus des Dransfelder Ratsmitgliedes Ulrich Maschke eine Kundgebung anzumelden.

Vor allem in Ostdeutschland werden immer wieder Übergriffe auf Kommunalpolitiker sehr unterschiedlicher Parteien berichtet, die sich gegen die NPD oder anderer Nazis wehren. Vielfach herrscht dort ein Klima der Angst.

Nun ist es auch im Raum Göttingen nicht unbedingt neu, dass Nazis gewalttätig werden oder einzelne Polizisten auf der Seite der Nazis stehen und Antifaschisten verletzen.

Allerdings stimmt die Dimension bedenklich. Mit Eisenketten und schweren Schlagstöcken bewaffnete Neonazis lässt die Polizei Menschen verletzen. Eine Bedrohung von gewählten Kreistagsabgeordneten wird nicht ernst genommen. Keine Zwischenfälle? Ist die Polizei auf dem rechten Auge blind? Nach dem Verhalten der Polizei am 12. November drängt sich dieser Eindruck förmlich auf. Nazis versuchen ihre Gegner einzuschüchtern, um zu verhindern, dass diese sich weiter engagieren und die Polizei schaut zu. e.f.



▶ 10. Dezember – Internationaler Tag der Menschenrechte

Allein in den letzten drei Jahren sind über 10.000 Menschen im Mittelmeer durch die Bedingungen des europäischen Grenzregimes zu Tode gekommen. 10.000 Menschen, die ihr Leben nicht hätten verlieren müssen, und die jeder einzelne und jede einzelne eine brennende Mahnung der sog. Menschenrechte ist. Ein Göttinger Zusammenschluss aus Geflüchteten, Willkommensinitiativen, Solidaritäts- und antirassistischen Gruppen, hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, diese andauernde Unmenschlichkeit anzuklagen und einzutreten gegen die Politik der Abschottung und der schändlichen Flüchtlingsabwehr. Kommt am 10.12. ab 12h zu den Aktionstischen an der Göttinger Jakobikirche und ab 14h zur Menschenkette für das Recht zu kommen, zu gehen und zu bleiben!

AK Asyl, Anti-Atom-Ini Gö, Boat people project, Conquer Babel, IFAK, Ini Nonnenstieg, Ini Vogtschule Lampedusa Bündnis, Omzehn, Roma Center, Rote Hilfe, Umweltgewerkschaft

(...) Forts. „AfD ...“ von Seite 9

Wie wirksam und aktiv die drei AfD-Abgeordneten in Zukunft sein werden, bleibt abzuwarten. Immerhin sind sie durch Losglück gegenüber der FDP im Kreisausschuss und fast allen Fachausschüssen mit Stimmrecht vertreten. Göthel ist als einzelner Abgeordneter lediglich mit Grundmandat ohne Stimmrecht im Schulausschuss vertreten.

Außer für den Kreistag hatte die AfD noch für die Räte der Stadt Herzberg und der Gemeinde Walkenried kandidiert und dabei folgende Ergebnisse erreicht:

- ▶ Herzberg: 9,0 % ergibt drei von 32 Sitzen,
- ▶ Walkenried: 8,7% ergibt einen von 14 Sitzen.

